

SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/58

24. März 1977

Das Ziel ist noch weit

Von der Europa-Euphorie zum Europa der Realisten

Von Ludwig Fellermaier MdB

Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments

Seite 1 und 2 / 54 Zeilen

Ein Fortschritt in nicht einfacher Zeit

Ausbildungsförderung für Schüler und Studenten verbessert

Von Dieter Lattmann MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Bildung und Wissenschaft der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 3 und 4 / 55 Zeilen

Die Pflicht zur Fairneß

Karl Wienand muß politisch rehabilitiert werden

Von Günther Metzger

Mitglied des SPD-Bezirksvorstandes Hessen-Süd

Seite 5 / 37 Zeilen

Chefredakteur: Helmut G. Schmidt

Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 120 408
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 21 90 38/39
Telex: 08 08 646-46 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 65 11
5300 Bonn-Bad Godesberg

Das Ziel ist noch weit

Von der Europa-Euphorie zum Europa der Realisten

Von Ludwig Fellermeier MdB

Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments

Auf dem Kapitol in Rom unterzeichneten am 25. März 1957 die Vertreter von sechs Staaten die Verträge über die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft. Der zwanzigste Jahrestag dieses Ereignisses bietet Anlass, Bilanz zu ziehen.

Der EWG-Vertrag hatte sich die wirtschaftliche Integration der Mitgliedstaaten zum Ziel gesetzt. Die Zollunion ist seit langem eine Tatsache. Sie wird durch eine gemeinsame Handelspolitik und gemeinsame Wettbewerbsregeln für die Unternehmen ergänzt. Dem Export der Bundesrepublik hat sie einen beispiellosen Aufschwung ermöglicht. Besonders für Frankreich war und ist aber die gemeinsame Agrarpolitik eine Notwendigkeit. Bei all ihren Schwächen konnte sie soziale Konflikte weitgehend verhindern, die wegen der Abwanderung der landwirtschaftlichen Erwerbsbevölkerung zu befürchten waren.

Wesentlich ist auch die Rolle der Europäischen Gemeinschaft bei der Friedenssicherung nach innen und nach außen. Konflikte zwischen ihren Mitgliedern werden im Rahmen einer gemeinsamen Rechtsordnung ausgetragen, deren Anwendung vom europäischen Gerichtshof überwacht wird. Die Europäische Gemeinschaft hat Verdienste um die Ausweitung des Welthandels erworben. Sie hat ein vorbildliches System der Hilfe für Entwicklungsländer geschaffen, das in den allgemeinen Präferenzen und in der Konvention von Lomé zum Ausdruck kommt.

Was hat nun die Europäische Gemeinschaft dem Arbeitnehmer gebracht? Seit 1959 besteht für ihn Freizügigkeit. EG-Bürger haben Anspruch auf eine

Aufenthalts erlaubnis in anderen Gemeinschaftsländern und dürfen nicht diskriminiert werden. Eine wichtige Rolle hat die EG bei der Durchsetzung des gleichen Lohnes für Mann und Frau gespielt.

Hauptprobleme sind jetzt Arbeitslosigkeit und Inflation, die beide den Arbeitnehmer in besonderem Masse treffen. Eine Lösung ist nur durch abgestimmte Aktionen auf Gemeinschaftsebene und in den Mitgliedstaaten möglich. Nationale Anstrengungen allein genügen nicht mehr.

Es fehlt auch an einer Strukturpolitik der Europäischen Gemeinschaft. Regional- und Sozialfonds stellen nicht mehr als Ansätze dar. Ein wirksames Tätigwerden der Fonds ist nur bei ausreichender finanzieller Ausstattung möglich, nicht aber, so lange 75 Prozent des EG-Haushaltes in den Agrarbereich fließen.

Der Weg zur Europäischen Union, der politischen Union, ist noch weit. Die Gemeinschaft kann nur dadurch diesem Ziel näherkommen, daß sie ihr schwerfälliges Entscheidungsverfahren verbessert. In einer EG von neun und bald noch mehr Mitgliedstaaten müssen Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat zur Regel werden, wenn die Gemeinschaft nicht handlungsunfähig werden soll. Politische Zusammenarbeit zwischen den Regierungen kann im übrigen politische Integration nur ergänzen, nicht aber ersetzen.

Einen neuen Anstoß für die EG kann die direkte Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments geben, die für Mai/Juni 1978 vorgesehen ist. Heute verfügt das Europäische Parlament noch nicht über die notwendigen Befugnisse. Nach der Direktwahl wird es sich aber den Platz im institutionellen Rahmen der Gemeinschaft erkämpfen, der ihm als Volkvertretung zukommt. Die Sozialistische Fraktion wird dazu ihren Beitrag leisten.

(-/24.3.1977/ks/lo)

+ + +

Ein Fortschritt in nicht einfacher Zeit

Ausbildungsförderung für Schüler und Studenten verbessert

Von Dieter Lattmann MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Bildung
und Wissenschaft der SPD-Bundestagsfraktion

Zügig und weitgehend übereinstimmend hat der Bundestag eines der ersten Gesetze der 8. Legislaturperiode beraten und will es heute beschließen: das 4. Änderungsgesetz zum Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG). Es verbessert die Förderung der Schüler und Studenten im Rahmen des derzeit im Haushalt des Bundes (65 Prozent) und der Länder (35 Prozent) Möglichen. Die wichtigsten Neuerungen sind:

Bedarfsätze

Höchstsätze monatlich	<u>zu Hause wohnend</u>	<u>auswärtige Unterbringung</u>
Für Schüler ab Klasse 11 an Gymnasien, Berufsfachschulen und Fachoberschulen	DM 235	DM 440
Für Schüler an Abendhaupt- und -realschulen, Berufsaufbauschulen und an Fachoberschulklassen, für deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung verlangt wird	DM 440	DM 530
Für Studierende an Fachschulen, Abendgymnasien und Kollegs	DM 450	DM 550
Für Studenten an Höheren Fachschu- len, Hochschulen, Akademien	DM 480	DM 580
Zusätzlichen Zuschuß zur Kranken- versicherung für Studenten	DM 12 monatlich	

Freibeträge

Grundfreibetrag vom Einkommen der Eltern	DM 1.130
Freibetrag für den Studierenden DM 70	= DM 1.200

Waisengeld

Zusätzlicher Freibetrag für auszu- bildende Schüler, die Waisenrente oder Waisengeld erhalten	DM 180 monatlich
Zusätzlicher Freibetrag für Studenten	DM 120 monatlich

Rechnet man hinzu, daß Studenten bei besonders hohen Mietkosten einen monatlichen Mietzuschuß bis zu 45 DM erhalten können und daß ihre Eltern außerdem Kindergeld beziehen, kann trotz anderslautender Unkenrufe niemand übersehen, daß die Förderung insgesamt im internationalen Vergleich großzügig gestaltet ist.

Außerdem wurde die Leistung an Studenten erleichtert in Fällen, in denen die Eltern ihr Einkommen nicht offen legen oder sich unerreichbar im Ausland befinden - in der Tat gab es hier einige Absurditäten zu beseitigen.

Die CDU/CSU forderte im Ausschuß für Bildung und Wissenschaft die Erhöhung der Freibeträge auf 1.200 DM ab 1. Oktober 1978 - die Koalition konnte dem wegen der weiterreichenden Auswirkungen im Jahr 1979 nicht folgen. Im Übrigen hatte die CDU/CSU für entsprechende Anträge in ihrer eigenen Bundesratmehrheit keine Unterstützung, so daß die Aktion nicht frei von einer Scheutanz-Pirouette war.

Fazit: ein vernünftiger Fortschritt in einer ökonomisch nicht einfachen Zeit. Was nun im Bundestag und in der Zusammenarbeit mit den Ländern zu tun bleibt, sind strukturelle Verbesserungen. Sie werden im Ausschuß für Bildung und Wissenschaft unmittelbar im Anschluß an diese Novelle beratend in Angriff genommen - unter Beteiligung der Betroffenen und mit dem Ziel, verbliebene Ungerechtigkeiten abzubauen, die hauptsächlich in der unterschiedlichen Berechnung der Freibeträge bei abhängig Tätigen und einzelnen Gruppen Selbständiger bestehen.

(-/24.3.1977/bgy/10)

+ + +

Die Pflicht zur Fairness

Karl Wienand muß politisch rehabilitiert werden

Von Günther Metzger

Mitglied des SPD-Bezirkvorstandes Hessen-Süd

Das Ermittlungsverfahren gegen Karl Wienand wegen des Verdachts der Falschaussage vor dem Steiner-Untersuchungsausschuß, das durch einen "Strafantrag" der CDU/CSU-Bundestagsfraktion unter Professor Carl Caratena in Gang gesetzt worden war, ist jetzt von der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht in Bonn eingestellt worden. Damit wurde von der dafür zuständigen Justizbehörde ein Schlußstrich unter die Bemühungen bestimmter Kreise innerhalb der CDU und CSU gezogen, Karl Wienand den Prozess zu machen.

Karl Wienand, der dem Deutschen Bundestag über 21 Jahre als Mitglied angehörte, war ein kämpferischer Demokrat, ein überzeugter Sozialdemokrat und ein hervorragender Parlamentarier. Vielen Kollegen der eigenen Fraktion, aber auch Mitgliedern anderer Fraktionen war er immer wieder Freund und Helfer. Sein Rat war gefragt, seine politische Arbeit wurde geschätzt. Die freiwillige Aufgabe des Bundestagemandats bedeutete den Rückzug aus der Politik. Die engsten Freunde hielten zu ihm, trotz gehässiger und vielfach unbarmherziger Kampagnen, die bisweilen Formen der existenziellen Vernichtung annahmen. Andere Freunde zogen sich von ihm zurück, mißden ihn und kannten ihn nicht mehr. Vielleicht war das die bitterste Erfahrung für Karl Wienand. Trotzdem gab er nicht auf, kämpfte um seine Rehabilitierung und um eine neue wirtschaftliche Grundlage für sich und seine Familie. Der Politik und seiner Partei blieb er innerlich verbunden.

Mit der Einstellung des Ermittlungsverfahrens wurde Karl Wienand nach vielen Jahren der Verdächtigungen, Verleumdungen und persönlicher Verunglimpfungen, die auch vor seiner Familie nicht haltmachten, rehabilitiert. Eine Wiedergutmachung des ihm, seiner Frau und seinen Kindern zugefügten Unrechts und der damit verbundenen persönlichen Not - von dem materiellen Schaden ganz zu schweigen - wird nicht mehr möglich sein. Ob es angesichts dieser Erkenntnis zu viel verlangt ist, Karl Wienand in Ruhe zu lassen? Ich befürchte, es wird auch in Zukunft rücksichts- und skrupellose Politiker und sensationshungrige Schreiberlinge geben, die Karl Wienand an den Fersen hängen, um jeden Schritt - ganz gleich, was er unternehmen wird - mit böartigen Kommentaren zu verehen. Damit wird Karl Wienand leben müssen. Um so mehr haben seine Freunde und diejenigen, die sich auch in der Politik um Sachlichkeit und Fairness bemühen, die Pflicht, die juristische Rehabilitierung Karl Wienands auch im politischen Bereich durchzusetzen.

(-/24.3.1977/kr/hu)